

II-514 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 275 IJ

1983-10-24

A N F R A G E

der Abgeordneten Dkfm. Löffler
und Genossen
an den Bundeskanzler
betreffend Nichtbeantwortung eines Schreibens der Nieder-
österreichischen Erdöl- und Erdgasgemeinden
durch den Bundeskanzler

Im Jahre 1982 wurde gegen die Stimmen der ÖVP die Berg-
gesetznovelle 1982 beschlossen. Die ÖVP beeinspruchte
diese Novelle durch den Bundesrat, weil sie eine Erhöhung
des Förderzinses für die österreichische Erdöl- und Erdgas-
förderung vorsah. Diese Erhöhung des Förderzinses schwächt
u.a. die Ertragskraft der verstaatlichten ÖMV-AG. Diese Er-
tragsschwäche der ÖMV-AG, die u.a. durch die Erhöhung des
Förderzinses bewirkt wurde, hat nunmehr bedeutende negative
Auswirkungen auf das Aufkommen aus der Gewerbeertragssteuer
in den Niederösterreichischen Erdöl- und Erdgasgemeinden,
die sind diejenigen Gemeinden, in denen der verstaatlichte
ÖMV-AG-Konzern seine Betriebsstätten hat.

Die Erhöhung des Förderzinses hat somit nicht nur die
weitere Aufschlußtätigkeit für neue inländische Öl- und
Gaslagerstätten negativ beeinflußt, sondern auch dazu geführt,
daß der Bund seine finanzielle Lage auf Kosten der Gemeinden
versucht hat, zu verbessern.

Der Bund der Niederösterreichischen Erdöl- und Erdgasgemeinden
hat nunmehr am 16.6.1983 an den Bundeskanzler ein Schreiben
gerichtet, in dem die von der Politik der Bundesregierung
negativ betroffenen Gemeinden als Ausgleich für den Rückgang
des Aufkommens aus der Gewerbeertragssteuer, der durch ver-
schiedene Maßnahmen des Bundes als Eigentümervertreter bei
der ÖMV-AG und durch die Erhöhung des Förderzinses bewirkt
wurde, eine Beteiligung von einigen Prozenten am Förderzins
verlangen.

-2-

Nachdem der Bund der Niederösterreichischen Erdöl- und Erdgasgemeinden bis heute keinerlei Antwort auf sein Schreiben erhalten hat, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

1. Wieso haben Sie die Eingabe des Bundes der Niederösterreichischen Erdöl- und Erdgasgemeinden, in der eine Beteiligung der Niederösterreichischen Erdöl- und Erdgasgemeinden am Förderzins gefordert wird, nicht beantwortet?

2. Wie steht die sozialistische Koalitionsregierung zur im Schreiben des Bundes der Niederösterreichischen Erdöl- und Erdgasgemeinden gestellten Forderung auf Beteiligung der Niederösterreichischen Erdöl- und Erdgasgemeinden am Förderzins?